

VON DER SYMBOLISCHEN BÜHNE ZUM REALEN MACHT- HEBEL

PARLAMENTARISCHE NISCHEN IN FRANKREICH

≡ Simon Braun

Am Abend des 30. Oktober 2025 spielten sich im Palais Bourbon, dem Sitz der französischen Nationalversammlung, tumultartige Szenen ab: Empörung und Wutgeschrei auf den Bänken der Linken, Triumphgeheul und feixende Gesichter beim *Rassemblement National* (RN). Zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik war es der rechtsextremen Partei gelungen, einen Antrag durch das Parlament zu bringen – ein veritabler Paukenschlag, der nicht nur Marine Le Pen von einem historischen Tag für ihre Partei sprechen ließ.

Zwar handelt es sich bei dem verabschiedeten Text, der die Aufkündigung eines jahrzehntealten Abkommens mit Algerien fordert, lediglich um einen rechtlich unverbindlichen Entschließungsantrag. Allerdings bedeutet das Votum einen symbolischen Triumph für den RN und birgt eine politische Sprengkraft, die weit über seinen eigentlichen Inhalt hinausreicht.

Der Antrag wurde mit hauchdünner Mehrheit gebilligt: Von den anwesenden Abgeordneten stimmten 185 dafür, 184 dagegen, und fünf Abgeordnete enthielten sich. Während die Parteien der Linken geschlossen gegen den Text votierten, blieben über die Hälfte der Abgeordneten aus Macrons Partei – darunter der Fraktionsvorsitzende Gabriel Attal – der Abstimmung fern. Ihre Abwesenheit wirft Fragen auf: Handelte es sich um bloße Nachlässigkeit am Ende einer intensiven Sitzungswoche – oder um stillschweigendes Einverständnis? Schließlich hatte Attal in seiner kurzen Amtszeit als Premierminister selbst für eine Neuverhandlung des Abkommens mit Algerien plädiert. Noch unangenehmere Fragen stellen sich für die ebenfalls dem Präsidentenlager zugehörige Horizons-Fraktion, bei

der die Hälfte der anwesenden Abgeordneten für den RN-Antrag stimmten. Das Parlamentsvotum war also nicht nur ein historischer Erfolg für die extreme Rechte, sondern zugleich ein politischer Offenbarungseid des Regierungslagers.

DAS ENDE DER BRANDMAUER?

Der mediale Aufschrei in den Tagen nach der Abstimmung war enorm. In zahlreichen Sondersendungen und Meinungsbeiträgen wurden sowohl der historische Charakter des Parlamentsvotums als auch seine politischen Folgen intensiv diskutiert. Im Zentrum der öffentlichen Debatte stand die Frage nach der fortschreitenden Normalisierung des RN. Seit Marine Le Pen im Jahr 2011 den Parteivorsitz von ihrem Vater übernommen hat, versucht sie den RN (vormals Front National) vom Stigma des politischen Parias zu befreien. Ihre Strategie der »Entdiabolisierung«, die das rechtsextreme Erbe der Partei vergessen machen soll, scheint zunehmend Früchte zu tragen.

Bei den vergangenen beiden Präsidentschaftswahlen erreichte Le Pen jeweils die Stichwahl; seit 2024 stellt die Partei zudem die größte Fraktion in der Nationalversammlung. Diese Wahlerfolge wurden nicht zuletzt durch die gewandelte Wahrnehmung des RN in der Wählerschaft begünstigt. Hatten jahrzehntelang sämtliche übrigen Parteien über Lagergrenzen hinweg ein politisches Abwehrbündnis – die sogenannte *front républicain* – geschlossen, um durch Wahlaufufe und das Zurückziehen von Kandidat:innen Wahlerfolge des RN zu verhindern, ist diese »republikanische Front« in der jüngeren Vergangenheit zunehmend porös geworden. Immer weniger Wähler:innen scheinen den RN als Gefahr für die Demokratie zu be-



trachten – zumal vor allem die deutlich nach rechts gerückten Konservativen, aber teilweise auch Macrons Parteienbündnis RN-Forderungen in der Migrations- und Asylpolitik übernommen haben.

Die fortschreitende Normalisierung des RN spiegelt sich auch im Umgang der übrigen Parteien mit Le Pens Partei in der Nationalversammlung wider. Bereits 2022 wurden – gegen den erbitterten Widerstand der Linken, aber mit Zustimmung des Macron-Lagers und der Konservativen – erstmals RN-Abgeordnete auf wichtige Ausschuss- und Parlamentsposten gewählt. Bezeichnenderweise wurde die historische Plenarsitzung am 30. Oktober ausgerechnet von einem Parlaments-Vizepräsidenten aus den Reihen des RN geleitet, der sich bei der Verkündung des Abstimmungsergebnisses kaum Mühe gab, seine Genugtuung zu verbergen.

Vor diesem Hintergrund erschien die Verabschiedung des RN-Antrags als weiterer Beleg für die Erosion des *cordon sanitaire*, der politischen Brandmauer gegen die extreme Rechte in Frankreich. Doch während sich die mediale Berichterstattung auf die politische Bedeutung der Abstimmung fokussierte, ging beinahe unter, welche Besonderheit des französischen Parlamentsbetriebs diesen Erfolg des RN erst ermöglicht hatte: die sogenannte parlamentarische Nische (*niche parlementaire*).

DIE ENTSTEHUNG DER NISCHE – EINE REFORMIDEE MIT NEBENWIRKUNGEN

Die Parlamentsnische geht auf eine Verfassungsänderung aus dem Jahr 2008 zurück. Sie wurde im Rahmen einer großen Verfassungsreform eingeführt, deren übergeordnetes Ziel es war, das französische Parlament gegenüber der traditionell dominanten Exekutive aufzuwerten. Hierzu wurde eine Reihe neuer Rechte geschaffen, um die Machtasymmetrie zwischen Nationalversammlung und Regierung abzumildern, die parlamentarische Arbeit zu stärken und die Plenardebatten zu beleben. Eine dieser Maßnahmen war die Etablierung der Parlamentsnische.

Hinter diesem Mechanismus verbirgt sich die Regel, dass ein Sitzungstag pro Monat speziell den Oppositionsfraktionen vorbehalten ist. An diesem Tag bestimmen sie die Tagesordnung im Parlament: Sie entscheiden, welche Gesetzesvorlagen und Texte debattiert werden, und haben somit die Möglichkeit, eigene Vorschläge in den parlamentarischen Prozess einzubringen. Auf dem Papier stellen die Parlamentsnischen für die Oppositionsfraktionen also eine Gelegenheit dar, ihre Themen auf die politische Agenda zu setzen. Die Parlamentsnische sollte der Opposition mehr Sichtbarkeit verschaffen und sie in die Rolle einer aktiven Mitspielerin

im Gesetzgebungsprozess versetzen, statt sie auf den Part einer bloßen Zuschauerin zu beschränken. Auf diese Weise sollten die Debatten in der Nationalversammlung lebendiger und die demokratische Mitwirkung der Oppositionsparteien gestärkt werden.

Dieser Anspruch blieb jedoch lange Jahre Wunschdenken, die Parlamentsnischen fristeten ein – nun ja – Nischendasein: Da bis 2022 alle französischen Regierungen über absolute Mehrheiten in der Nationalversammlung verfügten, verkamen die *niches parlementaires* zu bedeutungslosen Debattensackgassen: Die Opposition durfte zwar ihre Herzensthemen auf die politische Agenda setzen, unliebsame Anträge konnte die Regierungsmehrheit jedoch im Handumdrehen überstimmen. In Zeiten stabiler Mehrheiten entfalteten die parlamentarischen Nischen somit allenfalls symbolische Wirkung.

BEGINN EINER NEUEN PARLAMENTSÄRA

Das änderte sich erstmals nach der Parlamentswahl 2022. Zwar stellte das Macron-Lager weiterhin die größte Fraktion in der Nationalversammlung, büßte allerdings seine absolute Mehrheit ein. Mit der vorgezogenen Neuwahl im Sommer 2024 hat sich die Lage weiter verschärft: Das Parteienbündnis um Macron stürzte auf den dritten Platz ab, während die Oppositionsparteien an den politischen Rändern nun gemeinsam über eine absolute Mehrheit verfügen. Seitdem ist die politische Landschaft Frankreichs durch eine gravierende Instabilität gekennzeichnet. Insgesamt mussten seit September 2024 nicht weniger als vier Minderheitsregierungen gebildet werden, von denen eine nicht einmal 24 Stunden Bestand hatte.

Doch die unklaren Mehrheitsverhältnisse erschweren nicht nur stabiles Regieren, sondern haben auch den Charakter der Parlamentsnischen fundamental gewandelt. Da die Regierung nicht länger über eine eigene Mehrheit verfügt, sind die Abstimmungen in der Nationalversammlung deutlich unberechenbarer geworden: Fraktionen müssen Verbündete suchen, Abgeordnete zählen und Präsenz sicherstellen. In dieser Situation entfaltet die Nische eine neue Wirkung. Was früher in erster Linie eine symbolische Bühne war, ist nun ein realer Machthebel geworden. So war es beispielsweise schon 2022 der Linkspartei *La France Insoumise* gelungen, ein Gesetz zur Aufnahme des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in die Verfassung auf den Weg zu bringen – ein Erfolg, der ohne die Nische kaum denkbar gewesen wäre. Unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen erfüllen Parlamentsnischen damit erstmals die ihnen bei ihrer Einführung

zugedachte Funktion. Sie können von der Opposition tatsächlich genutzt werden, um bestimmte Gesetzesvorschläge im Plenum nicht nur zur Abstimmung zu bringen, sondern möglicherweise auch durchzusetzen. Nun aber haben sie auch dem RN ein historisches Erfolgserlebnis verschafft.

VOM TECHNISCHEN INSTRUMENT ZUM POLITISCHEN SPRENGSATZ

Die parlamentarische Nische, ursprünglich als unscheinbares Zugeständnis an die Opposition eingeführt, hat sich in der aktuellen politischen Landschaft zu einem veritablen Prüfstein für die französische Demokratie entwickelt. Was einst lediglich ein technisches Detail der Geschäftsordnung war, zeigt heute, wie lebendig das Parlament wirklich ist – im Guten wie im Schlechten. Einerseits kann die Nische den demokratischen Raum erweitern, indem sie die Regierung zwingt, auf Themen zu reagieren, die diese sonst vermeiden würde. Andererseits birgt sie aber auch erhebliche Risiken: Extremistische Kräfte können dieses parlamentarische Instrument ausnutzen, um die Aufmerksamkeit auf polarisierende Themen zu lenken, oder sogar symbolische Siege erringen.

Dabei verdeutlicht der jüngste Abstimmungserfolg des RN weniger die Stärke der extremen Rechten, sondern vielmehr die Erschlaffung der demokratischen Mitte. Die Nische hat gezeigt, dass Le Pens Partei nur so stark ist, wie ihre Gegner es zulassen – und dass politische Verantwortung und Handlungsbereitschaft entscheidend dafür sind, wie diese Bühne bespielt wird. Letztlich ist die parlamentarische Nische ein Spiegelbild der französischen Demokratie: Sie kann Raum für konstruktive Debatten bieten oder, im Fall von politischer Nachlässigkeit und Desinteresse, zu einem Schlupfloch für politisches Durcheinander werden – Risse in der Brandmauer nicht ausgeschlossen.



Simon Braun ist Mitglied der Redaktionsleitung der INDES und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bonn. Sein Forschungsinteresse gilt der vergleichenden Analyse des französischen Regierungs- und Parteiensystems.